

Antrag EU01: Unser Europa: stark, sozial, demokratisch

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Antragskommission:	Annahme in Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	EU - Europa
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 12 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 13 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 123 (Änderungsempfehlung) - Streichung Zeile 157 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 263 (Änderungsempfehlung) - Streichung Zeile 325 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 363 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung Zeile 385 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

1 Unser Europa: stark, sozial, demokratisch

2 Zeitenwende, Corona-Pandemie, Brexit – unser Europa ist heute ein anderes als noch
3 zur letzten Europawahl. Doch die Europäische Union hat sich im Angesicht all dieser
4 Herausforderungen behauptet. Geeint stehen wir an der Seite der Ukraine, gemeinsam
5 sind wir beispiellose Schritte zur Bewältigung der Pandemie gegangen und wir haben
6 uns auch in den Austrittsverhandlungen mit Großbritannien nicht auseinandertreiben
7 lassen. International setzen wir Standards für Verbraucherschutz und bei der
8 Regulierung digitaler Konzerne, wir sind weltweit Vorreiter im Kampf gegen die Klima-
9 und Biodiversitätskrise und für viele Unterdrückte und Verfolgte ein Symbol für
10 Freiheit und Demokratie.

11

12 Gleichzeitig stehen wir aber auch vor gewaltigen Herausforderungen - von de#n
13 erstarkenden politischen Rechtsextremen im Innern bis zu sich wandelnden
internationalen

14 Machtverhältnissen im Äußeren. Als Europapartei ist für uns klar, dass sich all das
15 nur gemeinsam bewältigen lässt. Kein Land Europas ist stärker allein, Nationalismus
16 und Abschottung sind keine Lösung.

17

18 Baden-Württemberg steht nicht nur geographisch im Zentrum des europäischen Projekts.
19 Wirtschaftlich, kulturell und für viele auch persönlich ist die Europäische Union für
20 die Zukunft unseres Bundeslands nicht wegzudenken. Als SPD Baden-Württemberg setzen
21 wir uns auch deshalb weiter entschlossen für die Integration Europas ein. Dabei
22 behalten wir unser Ziel klar im Blick: Als deutsche Sozialdemokratie stehen wir seit
23 bald einem Jahrhundert für die Vereinigten Staaten von Europa und werden uns auch in
24 Zukunft für ihre praktische Verwirklichung einsetzen.

25

26 Eine starke europäische Demokratie für eine wachsende Union

27 Europa ist ein Demokratieprojekt. Unsere gemeinsamen Werte sind Basis für die
28 europäische Integration. Für viele Menschen weltweit ist Europa Vorbild und Hoffnung.

29 Der Kampf der Ukraine gegen den russischen Aggressor und für eine Zukunft in der
30 Europäischen Union ist dafür das jüngste und eindrucksvollste Beispiel. Die
31 Europäische Union ist für viele ein Leuchtturm in einer Welt, in der immer mehr
32 Menschen in autokratischen oder teil-autokratischen Staaten leben. Demokratie und
33 Rechtsstaatlichkeit zu fördern und zu schützen ist deshalb eine andauernde Aufgabe –
34 international, aber vor allem auch in Europa.

35

36 Denn auch in der EU werden Demokratie und Rechtsstaatlichkeit immer öfter und immer
37 härter angegriffen. Die erstarkende Rechte kämpft gegen die Presse- und
38 Meinungsfreiheit, eine unabhängige Justiz und den Schutz von Minderheiten. Dem
39 wirksam zu begegnen, stellt zurzeit die größte innenpolitische Herausforderung auf
40 unserem Kontinent dar. Für uns ist klar: demokratische Standards sind nicht
41 verhandelbar. Der Konditionalitätsmechanismus, nach dem seit 2020 das Ausschütten von
42 EU-Haushaltsmitteln von der Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit im jeweiligen
43 Mitgliedstaat abhängig gemacht werden kann, war dabei ein entscheidender Schritt.
44 Dieses Instrument muss konsequent eingesetzt und weiter ausgebaut werden: Setzt ein
45 Mitgliedstaat die Verletzung von Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit fort, muss die
46 Kommission das Recht erhalten, die Regionalmittel für den entsprechenden
47 Mitgliedstaat direkt zu verwalten. Sie könnte diese Mittel damit direkt an Kommunen,
48 Zivilgesellschaft und Unternehmen auszahlen und so den europäischen Zusammenhalt
49 stärken ohne autoritäre Regierungen zu finanzieren.

50

51 Eine starke Europäische Union braucht starke Kommunen. Denn es sind die Gemeinden,
52 Städte und Landkreise, in denen die europäische Demokratie täglich erfahrbar wird.
53 Ihre Einbindung in die Politik Europas wollen wir deshalb stärken und die kommunale
54 Ebene stärker im europäischen Gesetzgebungsprozess berücksichtigen. Insbesondere in
55 Baden-Württemberg sind die Erfahrungen und Bedürfnisse aus der grenzüberschreitenden
56 Zusammenarbeit zu nutzen. Denn der grenzüberschreitende Raum ist der Erfahrungsraum
57 und Labor für ein Europa ohne Grenzen. Das braucht allerdings die richtigen
58 politischen Rahmenbedingungen aus Brüssel, Berlin und Stuttgart.

59

60 Nach der Konferenz zur Zukunft Europas wollen wir mit den Bürgerinnen und Bürgern vor
61 Ort im Dialog bleiben – insbesondere auch mit Kindern, Jugendlichen und jungen
62 Erwachsenen -, um ihnen die Bedeutung der Europäischen Union für ein friedliches und
63 solidarisches Zusammenleben in Europa zu vermitteln sowie ihre Vorstellungen und
64 Wünsche für die Weiterentwicklung der EU aufzunehmen und mit in die parlamentarische
65 Arbeit einfließen zu lassen. Wir wollen das Wissen über die Europäische Union noch
66 stärker im Schulunterricht verankern. Die Bildungspläne sollen dabei so verändert
67 werden, dass sie bei Kindern und Jugendlichen Interesse wecken und ein Bewusstsein
68 für die europäische Identität schaffen. Den Jugendaustausch und die
69 Städtepartnerschaften zwischen den EU-Mitgliedsländern wollen wir noch mehr fördern.
70 Die europäische Idee muss für die Menschen vor Ort in den Städten und Gemeinden in
71 Baden-Württemberg erfahrbar sein und gelebt werden.

72

73 Unsere Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit ist mehr, nicht weniger

74 europäische Integration. Deshalb wollen wir auch unsere EU-Institutionen stärken und
75 weiter demokratisieren. Die letzte Reform der europäischen Verträge liegt mehr als 15
76 Jahre zurück. Nicht zuletzt mit Blick auf die Erweiterung der Union, müssen wir
77 unsere Institutionen fit für die Zukunft machen. Wir wollen deshalb einen neuen
78 Anlauf für eine europäische Verfassung nehmen und dafür einen Europäischen Konvent
79 einberufen. Die Charta der Grundrechte muss dabei im Zentrum der Verfassung stehen.
80 Wir wollen diese Grundrechte uneingeschränkt für und in allen Mitgliedstaaten bindend
81 machen. Vergleichbar mit der Verfassungsbeschwerde sollen diese Rechte für
82 Bürgerinnen und Bürger vor dem Europäischen Gerichtshof einklagbar werden.

83

84 Das Europäische Parlament ist das Herzstück der europäischen Demokratie. Seine
85 Stärkung ist deshalb zentral für die weitere Integration Europas. Anders als bisher
86 soll das Parlament ein Initiativrecht erhalten und damit auch selbst
87 Gesetzesvorschläge machen können. Auch das Recht für das Vorschlagen und Wählen der
88 Kommissionspräsidentschaft soll in Zukunft beim Europäischen Parlament liegen. So
89 stärken wir die Rolle der Volksvertretung bei der personellen Besetzung der anderen
90 EU-Institutionen. Als Königsrecht eines jeden Parlaments soll auch das Europäische
91 Parlament das alleinige Haushaltsrecht erhalten und damit über die Verteilung der
92 finanziellen Mittel der Union entscheiden. Bei den Europawahlen wollen wir den
93 Grundsatz der Wahlgleichheit stärken und dafür transnationale Listen einführen.
94 Zunächst können die aktuell unbesetzten 46 Parlamentssitze länderübergreifend besetzt
95 werden. Anschließend wollen wir den transnationalen Sitzanteil nach und nach
96 ausweiten.

97

98 Die Europäische Kommission wollen wir zu einer echten europäischen Regierung
99 ausbauen. Dazu gehört auch, das Repräsentationsprinzip im Kollegium der Kommission
100 abzuschaffen und Ressorts so zuzuschneiden, dass es fachlich Sinn ergibt. Den Rat der
101 Europäischen Union wollen wir zu einer ordentlichen zweiten Parlamentskammer
102 ausbauen. Seine Sitzungen sollen in Zukunft genauso wie die des Parlaments öffentlich
103 stattfinden. Einstimmige Entscheidungen wollen wir im Rat durch Entscheidungen mit
104 qualifizierter Mehrheit ersetzen, insbesondere in Fragen der gemeinsamen Außen- und
105 Sicherheitspolitik. Für die Einhaltung der Grundwerte der Union in den
106 Mitgliedstaaten wollen wir wirksame Instrumente schaffen. Die Feststellung einer
107 Verletzung dieser Grundwerte im Rahmen des Artikel 7-Verfahrens soll deshalb in
108 Zukunft auch mit qualifizierter Mehrheit möglich sein.

109

110 Weitere Integration und Erweiterung gehen für uns Hand in Hand. Mit einer
111 abgeschlossenen Verfassungsreform, insbesondere dem Abschaffen des
112 Einstimmigkeitsprinzips auch in Fragen der Rechtstaatlichkeit, ist die EU bereit für
113 weitere Beitritte. Gegebene Versprechen zum EU-Beitritt müssen eingehalten werden.
114 Das ist nicht nur eine Frage unserer Glaubwürdigkeit, sondern liegt auch in unserem
115 gemeinsamen Interesse. Den Versprechen müssen deshalb rasch auch Taten folgen. Das
116 gilt insbesondere für die Staaten des Westbalkans, denen ein Beitritt vor den neuen
117 Beitrittskandidaten Ukraine und Moldawien ermöglicht werden muss. Dabei bleibt aber
118 klar, dass die bestehenden Kriterien für den Beitritt weiterhin erfüllt werden
119 müssen. Die EU muss die Beitrittskandidaten dabei bestmöglich unterstützen.

120

121 **Die EU als selbstbewusste Akteurin in der Außen- und Sicherheitspolitik**

122 Der russische Überfall auf die Ukraine ist eine Zäsur in der europäischen
123 Nachkriegsordnung. Diese **Zeitenwende** erfordert entschiedene Schritte der Europäischen
124 Union mit Blick auf die Unterstützung der Ukraine, die Integration in Außenpolitik
125 und Verteidigungsfragen sowie die Beziehungen Europas zu anderen Regionen und Staaten
126 der Welt.

127

128 Wir stehen weiter unverrückbar an der Seite der Ukraine im Freiheitskampf gegen die
129 russische Aggression. Gemeinsam werden wir die Ukraine so lange und so stark
130 unterstützen wie nötig. Seit Beginn des Angriffs- und Vernichtungskriegs im Februar
131 2022 steht die Europäische Union in dieser Frage für viele überraschend geschlossen
132 zusammen. Dabei dürfen wir nicht nachlassen und müssen bestehende Widerstände
133 überwinden. Das bedeutet die Ukraine militärisch weiter zu unterstützen. Geräte- und
134 Munitionslieferungen werden auch in Zukunft nötig sein, damit sich die Ukraine gegen
135 den Aggressor behaupten kann. Dabei wird der Europäischen Union weiter eine zentrale
136 Rolle zukommen. Auch unsere finanzielle Unterstützung wollen wir beibehalten und wenn
137 nötig ausbauen. Die Sanktionen gegen Russland und seine Verbündeten wollen wir
138 aufrechterhalten, verschärfen und vorhandene Lücken, vor allem bei der Durchsetzung
139 der Sanktionen, schließen. Auch am Wiederaufbau wollen wir uns beteiligen. Gerade als
140 Deutsche wissen wir, wie zentral finanzielle Unterstützung von außen ist, um einem
141 kriegszerstörten Land wieder auf die Beine zu helfen. Als Europäische Union wollen
142 wir gemeinsam einen Marshall-Plan für die Ukraine aufsetzen. Für dessen Finanzierung
143 sollen auch eingefrorene Guthaben des russischen Staates eingesetzt werden. Damit
144 wollen wir bereits jetzt beginnen und nicht erst nach Kriegsende. Bei der Auszahlung
145 wollen wir auf EU-Standards setzen und Themen wie Korruptionsbekämpfung zur Bedingung
146 machen. Das neue Internationale Zentrum für die Strafverfolgung des Verbrechens der
147 Aggression gegen die Ukraine ist ein wichtiger Teil der Aufarbeitung des Krieges. Es
148 kann Grundlage für die Einrichtung eines europäischen Tribunals zum Verbrechen der
149 Aggression gegen die Ukraine sein. Sollte die Ukraine das unterstützen, könnte ein
150 solches Gericht gemeinsam von der Ukraine und der EU aufgebaut werden. Als
151 Europäische Union sollten wir dazu bereitstehen.

152

153 Gleichzeitig muss die Zeitenwende auch ein Weckruf sein, unsere europäischen
154 Strukturen in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik zu überdenken. Die Europäische
155 Union muss zu einer ernstzunehmenden geopolitischen Akteurin werden, als gelebte
156 Antithese zu Imperialismus und Autokratie. Dabei sehen wir eine Integration der EU in
157 Verteidigungsfragen als Ergänzung, nicht als Konkurrenz zur NATO an. Als **erster**
158 weiteren
159 Schritt auf dem langen Weg zur Europäischen Armee wollen wir eine gemeinsame
160 europäische Eingreiftruppe einrichten, die unter Kontrolle des Parlaments agiert.
161 Aktuelle Initiativen wie die Verordnung zur Förderung der Munitionsproduktion sind
162 kurzfristig wichtige Schritte, angesichts der langfristigen militärischen Bedarfe
163 aber nicht ausreichend. Wir wollen die gemeinsame europäische Beschaffung deshalb
164 verstetigen. Nicht zuletzt das Verfahren um die Covid-Impfstoffe hat gezeigt, wie
effizient die EU dabei gemeinsam sein kann. Das Amt des Hohen Vertreters der EU für

165 Außen- und Sicherheitspolitik wollen wir zu einem echten Außenminister ausbauen.
166 Dafür wird der Europäische Auswärtige Dienst zu einem echten EU-Außenministerium.
167 Dass Entscheidungen in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik im Rat dabei in
168 Zukunft mit qualifizierter Mehrheit geschlossen werden, ist entscheidend für die
169 kurzfristige Handlungsfähigkeit der Union auch in internationalen Krisensituationen.

170

171 Auch unsere Außenbeziehungen gilt es zu überdenken. Unsere Position ist dabei klar:
172 wir wollen Abhängigkeiten von China und anderen Autokratien wo immer möglich abbauen.
173 Damit geht einher, neue Bündnisse zu suchen und das globale Netz demokratischer
174 Staaten zu stärken. Wirtschaftlich ist das zuallererst Aufgabe unserer Unternehmen.
175 Aber schon jetzt wird klar, dass Appelle allein nicht ausreichen werden. Die EU soll
176 deshalb gemeinsam stärker als bisher steuernd in die internationalen
177 Wirtschaftsbeziehungen eingreifen und im Rahmen einer Klassifizierung von
178 Handelspartnern dem Ziel der stärkeren Unabhängigkeit von autoritären Staaten
179 Rechnung tragen. Was dabei ein „Risiko“ darstellt, braucht eine gemeinsame
180 europäische Festlegung, woran sich private Akteure aber auch öffentliche Regulierung
181 ausrichten soll. In kritischen Sektoren wollen wir große Unternehmen dazu
182 verpflichten, jährlich die Resilienz ihrer Lieferketten zu erfassen. Wer trotzdem
183 übermäßige Risiken eingeht, kann im Krisenfall nicht mit staatlicher Unterstützung
184 rechnen. Das Sozialisieren von Verlusten, während Gewinne privatisiert werden, wollen
185 wir damit klar ausschließen. Genauso wollen wir auch systemrelevante
186 Produktionslinien festlegen, die im Kern nicht mehr außerhalb der EU angelegt werden
187 sollen und dafür im Bedarfsfall auch öffentliche Finanzierung erhalten. Bei
188 Zukunftstechnologien mit Dual-Use-Möglichkeit und Auswirkungen auf Menschenrechte
189 wollen wir stärker überprüfen, welche Investitionen und Exporte mit unseren
190 Interessen vereinbar sind und anhand dessen auch regulatorisch eingreifen. Mit dem
191 europäischen Lieferkettengesetz wollen wir europäische Unternehmen für die globale
192 Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards in die Pflicht nehmen. Das System
193 ökonomischer Abhängigkeiten wollen wir global erfassen und deshalb neue politische
194 und wirtschaftliche Brücken bauen. Geld für Infrastruktur und Entwicklungsprojekte
195 aus Peking wollen wir eine demokratische Alternative entgegensetzen, die die
196 Autonomie der Empfängerländer stärkt. Die EU soll dabei vorangehen und eine
197 umfassende europäische Strategie für die Entwicklungszusammenarbeit entwickeln. Das
198 Global Gateway Programm kann zentraler Teil dieser Strategie sein. Auch politisch
199 wollen wir den Blick weiten und die Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Staaten
200 intensivieren. Dazu gehört auch, neue Freihandelsabkommen nach europäischen Standards
201 zu schließen. Mit den Mercosur-Staaten, Mexiko, Indien, Indonesien, Australien und
202 Kenia gibt es dafür großes Potenzial. Eine kluge internationale Handelspolitik ist
203 nicht zuletzt auch von zentraler Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Baden-
204 Württemberg.

205

206 **Eine neue Wirtschafts- und Finanzpolitik im Kampf gegen die Klimakrise**

207 Der EU-Binnenmarkt ist eine zentrale Errungenschaft der europäischen Integration. Zu
208 lange ist dessen weitere Integration aber ein Projekt der marktliberalen Denke
209 gewesen, wonach staatliche Eingriffe in den Markt um jeden Preis zu vermeiden seien.
210 Im Zuge der Corona-Pandemie und des russischen Überfalls auf die Ukraine findet diese

211 Sichtweise auf Wirtschafts- und Finanzpolitik nun ihr Ende. Ein politischer
212 Paradigmenwechsel greift global um sich. Die Vereinigten Staaten unter Präsident
213 Biden gehen mit dem „Inflation Reduction Act“ in großen Schritten voran. Als
214 Europäische Union dürfen wir dabei nicht den Anschluss verlieren, sondern müssen
215 jetzt mutige Entscheidungen treffen.

216

217 Im Kampf gegen die Klima- und Biodiversitätskrise ist Europa global Vorreiter. Der
218 EU-Emissionshandel und der neue Mechanismus für den CO₂-Grenzausgleich sind dabei
219 wichtige Elemente und bleiben elementar in der Klimaschutzpolitik der Union.
220 Bestehende Ausnahmen dieser Instrumente wollen wir deshalb abbauen und bei der
221 Bepreisung ambitionierter werden. Ein effektiver Klima-Sozialfonds ist dabei zentral
222 für eine soziale, gerechte und ambitionierte Bepreisung von Emissionen. Auch
223 Energiepolitik wollen wir stärker europäisieren und den Kontinent damit für mögliche
224 Krisen auch in Energiefragen widerstandsfähiger machen. Unser wichtigstes Ziel ist
225 dabei der schnelle Ausbau der erneuerbaren Energien. Bis wir unsere
226 Energiebeschaffung vollständig dekarbonisieren wollen wir auch beim Einkauf fossiler
227 Energieträger stärker europäisch zusammenarbeiten. Der gemeinsame Gas-Einkauf im
228 Rahmen der EU-Energieplattform ist dafür ein Positivbeispiel und sollte im Gegensatz
229 zu nationalen Alleingängen in Zukunft Standard werden. Darüber hinaus wollen wir
230 unsere Energienetze stärker verzahnen und dafür gemeinsame Standards in der
231 Energiepolitik setzen. Dazu gehört auch die Umsetzung der europäischen
232 Wasserstoffstrategie in Abstimmung mit nationalstaatlichen Bemühungen.

233

234 Unser Handeln mit Blick auf Emissionen und Energiepolitik muss Hand in Hand gehen mit
235 einer klugen Industriepolitik. Für ein Industrieland wie Baden-Württemberg ist eine
236 aktive und zukunftsgerichtete Industriepolitik entscheidend dafür, dass der Umbau
237 unserer Wirtschaft in eine klimaneutrale und digitalisierte Wirtschaft gelingt. Mit
238 Blick auf den Industrie-Plan der EU zum Green Deal haben wir deshalb klare Ziele im
239 Blick: wir wollen die Transformation mit Blick auf Klima und Digitales erfolgreich
240 bewältigen, globale Abhängigkeiten abbauen, international konkurrenzfähig bleiben
241 sowie gute und gut bezahlte Arbeitsplätze in Europa schaffen und erhalten. Die
242 Versprechen der Transformation sind nicht nur verheißungsvoll, sondern rufen bei den
243 Bürgerinnen und Bürgern auch Unsicherheiten und Ängste hervor. Wir wissen, dass die
244 Transformation nur gelingen kann, wenn sie sozial abgesichert ist. Wir brauchen dafür
245 Maßnahmen, die den heutigen und künftigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und
246 ihren Familien unter die Arme greift und sie gemeinsam auf diesem Weg begleitet.

247

248 Mit dem „Net Zero Industry Act“ geht die EU einen ersten Schritt in Richtung einer
249 aktiven und nachhaltigen Industriepolitik. Dass die Investitionsentscheidungen dabei
250 aber in den Händen der Mitgliedstaaten liegen, ist der falsche Weg. Die
251 unterschiedlichen fiskalpolitischen Spielräume der Mitgliedstaaten bergen die Gefahr
252 die bestehenden Ungleichgewichte in der Union noch weiter zu verstärken. Außerdem ist
253 alles andere als gesichert, dass dort wo Kapazitäten bestehen auch tatsächlich
254 nationalstaatlich gehandelt wird. Deshalb wollen wir eine europäische
255 industriepolitische Finanzierungsstruktur aufbauen, die im Rahmen eines deutlich
256 vergrößerten EU-Budgets funktioniert. Den Fachkräftemangel muss die Union als eine

257 zentrale Herausforderung in der Transformation begreifen und entsprechende Maßnahmen
258 auch europaweit ergreifen. Die Entwicklung der Situation junger Menschen gilt es
259 dabei genau im Blick zu behalten und Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen entsprechend zu
260 stärken. Der Einsatz für gute Arbeitsbedingungen ist für uns untrennbarer Teil einer
261 klugen Industriepolitik.

262

263 Dabei ist klar: Die europäische Ebene allein kann die Transformation nicht ~~allein~~
264 bewältigen. Auch die politischen Entscheidungstragenden vor Ort müssen ihre Politik
265 an dieser großen Herausforderung ausrichten. Dass die Landesregierung hier seit
266 Jahren die zentrale Rolle eines aktiven Staats in der Transformation verkennt und
267 lieber mit dem Finger auf andere zeigt, ist eine Gefahr für unseren
268 Wirtschaftsstandort. Deshalb bekräftigen wir unsere Forderung nach einem
269 Transformationsfonds für Baden-Württemberg, der – unterstützt durch Maßnahmen der EU
270 und der Bundesregierung – Unternehmen auf dem Weg zur Klimaneutralität unterstützt.
271 So tragen wir der besonderen industriellen Struktur unseres Bundeslandes Rechnung,
272 unterstützen Unternehmen im Wandel und sichern gute Arbeitsplätze. Bei allen
273 industriepolitischen Maßnahmen sind wir uns der wichtigen Bedeutung kleiner und
274 mittlerer Unternehmen für unser Bundesland bewusst und wollen sie deshalb gezielt
275 berücksichtigen. Eine aktive Wirtschaftspolitik unserer Kommunen, die den
276 Investitionsbedürfnissen vor Ort am Nächsten ist und die Wirtschaftsstrukturen vor
277 Ort am besten kennt, ist zentral für das Gelingen der Transformation. Das
278 Vergaberecht muss entsprechend überarbeitet werden, so dass Direktvergaben bei
279 Aufträgen, die dem Ziel der Klimaneutralität und der Digitalisierung dienen,
280 erleichtert, Vergabeverfahren grundlegend vereinfacht und die kommunale
281 Selbstverwaltung bei der Ausfüllung vergabefremder Kriterien gestärkt wird. Damit
282 einher geht die Vereinfachung der Verwaltung von EU-Fördermitteln, und zwar sowohl
283 bei der Europäischen Kommission als auch bei der Landesverwaltung.

284

285 Teil des Paradigmenwechsels in der Politik der Europäischen Union muss eine neue
286 Finanzpolitik sein. Eine wirtschaftlich starke Europäische Union über alle
287 Mitgliedstaaten hinweg liegt in unserem Interesse hier in Deutschland und in Baden-
288 Württemberg. Deshalb wollen wir die EU zur Fiskalunion weiterentwickeln. Die
289 Europäische Union soll dafür die Kompetenz erhalten, selbst Steuern erheben zu
290 können. Damit kann der EU-Haushalt unter Kontrolle des Parlaments anwachsen und den
291 aktuellen und zukünftigen Herausforderungen der Union gerecht werden. So wollen wir
292 eine europäische Finanztransaktionssteuer einführen, die alle börslichen und
293 außerbörslichen Transaktionen von Wertpapieren, Anleihen und Derivaten sowie alle
294 Devisentransaktionen umfasst. Erträge aus dieser Steuer sollen direkt dem EU-Haushalt
295 zugeführt werden. Auch die europäische Digitalsteuer wollen wir in den Blick nehmen
296 und mögliche Erträge genauso direkt für den EU-Haushalt verfügbar machen. Der
297 europäische Mindeststeuersatz von 15 Prozent bei der Körperschaftsteuer ist ein
298 großer Erfolg. Das wollen wir jetzt konsequent umsetzen und gleichzeitig
299 Anstrengungen unternehmen, um die Körperschaftsteuern in der EU auch darüber hinaus
300 anzugleichen. Hierzu wollen wir zunächst eine gemeinsame konsolidierte
301 Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage erreichen, die den ersten Schritt auf dem Weg
302 zu unserem Ziel einer unionsweit einheitlichen Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage

303 ist.

304

305 Die gemeinsame Aufnahme von Schulden wollen wir nicht als einmalige Ausnahme in der
306 Corona-Krise belassen. Wir wollen einen dauerhaften Mechanismus schaffen, der in
307 Krisenzeiten europaweit für eine solidarische Stabilisierung der Wirtschaft sorgt.
308 Auch für nachhaltige Investitionen in die Transformation halten wir eine gemeinsame
309 Schuldenaufnahme für denkbar. Gleichzeitig wollen wir die EU-Fiskalregeln klug
310 überarbeiten. Heute haben diese Regelungen oft eine pro-zyklische Wirkung und tragen
311 durch Hemmung des Wirtschaftswachstums zur Verfehlung der eigenen Ziele bei. Eine
312 Reform muss deshalb Investitionen in Wachstum und eine sozial-gerechte Transformation
313 ermöglichen, Transparenz stärken und dem Europäischen Parlament und den nationalen
314 Parlamenten ein Mitbestimmungsrecht einräumen.

315

316 **Ungleichheit im Blick: wirksame europäische Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik**

317 Die EU ist seit ihren Anfängen ein großes Wirtschafts- und Friedensprojekt. Diese
318 Erfolge um eine starke soziale Säule zu erweitern ist Kern sozialdemokratischer
319 Europapolitik. Nur als soziales Gerechtigkeitsprojekt wird die Union auch langfristig
320 Bestand haben. Dafür ist die europäische Säule sozialer Rechte ein großer Schritt
321 gewesen. Jetzt gilt es, diese Rechte auch rechtsverbindlich umzusetzen. Deshalb war
322 es wichtig, dass wir in der vergangenen Legislaturperiode die Einführung angemessener
323 Mindestlöhne und die Stärkung der Tarifbindung europaweit durchsetzen konnten. Diese
324 Richtlinie gilt es jetzt zeitnah umzusetzen – auch in Deutschland. Analog dazu wollen
325 wir einen europäischen Rahmen für ein **en** Minimum bei der Vergütung von Auszubildenden
326 schaffen. Mit dem europäischen Mechanismus für das Kurzarbeitergeld in der Corona-
327 Pandemie hat die EU einen ersten wichtigen Schritt zur solidarischen Absicherung von
328 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern unternommen. Diesen Mechanismus wollen wir zu
329 einer EU-Arbeitslosenversicherung ausbauen, die als Rückversicherung der nationalen
330 Arbeitslosenversicherungen unterstützend eingreift, wenn in einem Mitgliedstaat die
331 Arbeitslosigkeit signifikant ansteigt. Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen
332 durch die Europäische Union sollen Tarifverträge und gute Arbeitsbedingungen in
333 Zukunft als vergabefremde Kriterien gestärkt werden.

334

335 Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen Mitgliedstaaten ist eine der großen
336 sozialen Ungerechtigkeiten Europas. Die europäische Jugendgarantie wollen wir deshalb
337 für 15 bis 29-Jährige fortsetzen und nationalstaatlich konsequent umsetzen. Andere
338 innereuropäische Ungleichgewichte zwischen Regionen und Mitgliedstaaten wollen wir im
339 Rahmen der Regionalpolitik weiter abbauen. Das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt als
340 alleiniger Faktor bei der Mittelzuweisung lässt viele soziale und wirtschaftliche
341 Realitäten außen vor. Gleichzeitig halten wir bei der Mittelvergabe am
342 Konditionalitätsmechnismus mit Blick auf Rechtsstaatlichkeit fest.

343

344 **Eine humane und solidarische Politik für Geflüchtete**

345 Als Sozialdemokratie streiten wir für eine humane und solidarische europäische
346 Asylpolitik. In der Praxis sind aber illegale Pushbacks und die Unterbringung von

347 Geflüchteten in gefängnisähnlichen Lagern wie Moria an der Tagesordnung. Die
348 bestehende europäische Asylpolitik mit dem sog. Dublin-System, das die Verantwortung
349 für Geflüchtete einseitig auf die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen der EU abwälzt,
350 ist der Hauptgrund dafür. Eine Reform des europäischen Asylsystems, die eine
351 solidarische Teilung der Verantwortung für Geflüchtete unter allen Mitgliedstaaten
352 einführt, ist unerlässlich, um das Grundrecht auf Asyl zu schützen und eine humane
353 und solidarische Politik für Geflüchtete zu erreichen. Gleichzeitig schützen wir so
354 unsere offenen europäischen Binnengrenzen. Forderungen nach innereuropäischen
355 Grenzsicherungen lehnen wir klar ab. Nach jahrelangem Streit haben sich die
356 Regierungen der Mitgliedstaaten im Rat auf Eckpunkte für eine Reform des Gemeinsamen
357 Europäischen Asylsystems geeinigt, das einen verpflichtenden solidarischen
358 Umverteilungsmechanismus beinhaltet. In Zukunft Verantwortung für Geflüchtete
359 solidarisch untereinander zu teilen ist unerlässlich, um einer ungleichmäßigen
360 Übernahme von Lasten vorzubeugen. Durch den Beschluss im Rat konnten die
361 abschließenden Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament endlich beginnen. Als SPD
362 ist unsere Haltung für jede Reform klar: Das individuelle Menschenrecht auf Asyl und
363 das internationale Flüchtlingsrecht sind nicht verhandelbar. Wir lehnen
Schnellverfahren, innerhalb derer eine vollständige und faire Prüfung von Anträgen
auf internationalen Schutz nicht möglich ist, und eine Ausweitung der Abschiebehaft
ab. Es muss ein System

364 geschaffen werden, das Schutzsuchenden in der Praxis Hilfe leistet. Familien mit
365 minderjährigen Kindern dabei haftähnlichen Bedingungen auszusetzen, ist für uns
366 inakzeptabel.

367

368 Für diese Politik braucht es politische Mehrheiten. Dass es jahrelang zu keiner
369 Einigung über gemeinsame europäische Regelungen kam, zeigt wie schwer es ist, in
370 dieser Frage im Rat eine ausreichende Anzahl an mitgliedstaatlichen Regierungen für
371 eine qualifizierte Mehrheit zusammenzubringen. In den Trilog-Verhandlungen zwischen
372 Parlament, Rat und Kommission wollen wir uns nun dafür stark machen, dass
373 rechtsstaatliche und humanitäre Standards bei der Umsetzung gewährleistet werden.
374 Dazu gehören auch öffentliche Monitoring-Verfahren und parlamentarische Kontrolle.

375

376 Unabhängig von den aktuellen Reformvorhaben steht für uns weiter fest: das Sterben im
377 Mittelmeer muss aufhören. Seenotrettung darf nicht kriminalisiert, sondern muss
378 staatlich gewährleistet werden. Pushbacks verstoßen gegen das Völkerrecht und müssen
379 klar sanktioniert werden. Ein Tolerieren durch oder gar eine Beteiligung von Behörden
380 der Mitgliedstaaten oder von Frontex darf es nicht geben. Frontex steht seit Jahren
381 berichtigt in der Kritik und muss reformiert werden. Die Behörde muss
382 Menschenrechtsverletzungen aufklären und wo immer möglich verhindern, statt diese zu
383 verschleiern. Weiter wollen wir legale Wege für Geflüchtete schaffen, etwa durch
384 humanitäre Visa, verbesserte Familienzusammenführung oder Resettlement, also die
385 gezielte Aufnahme von Menschen direkt aus Aufnahmelagern der UN. Nach einer
Antragsstellung und Einreise wollen wir, dass Schutzsuchende einen
diskriminierungsfreien Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildung und zur
Gesundheitsversorgung haben.